

## **Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 24. Januar 2024**

Es gab Fragen von Einwohnern hinsichtlich der Ruhezeitenverlängerung auf dem Friedhof, die an Verwaltung und Gemeinderat auch schon schriftlich gestellt wurden. Bürgermeister Zeiser hat eine Behandlung der Fragen in nichtöffentlicher Sitzung zugesagt.

Am 14.12.2022 wurde die Aufstellung des Bebauungsplans „Schachen Nord II“ beschlossen. Es handelt sich um das Gebiet nördlich der B 463, das an das Industriegebiet Schachen Nord anschließt und das Betriebsgelände der Firma Schotter Teufel GmbH & Co. KG umfasst. Ziel und Zweck der Aufstellung sind eine planungsrechtliche Sicherung der bestehenden Anlagen durch Ausweisung eines Industriegebiets und die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung von neuen baulichen Anlagen. Die Öffentlichkeit sowie die Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden frühzeitig vom 17.07.-18.08.2023 beteiligt. Herr Laubenstein von der beauftragten Umweltplanung GmbH Fritz&Grossmann hat in der Sitzung die eingegangenen Stellungnahmen erläutert und die daraufhin vorgenommenen Planänderungen erklärt. So wird im Osten des Gebiets ein Teil zurückgenommen, damit innerhalb des Geltungsbereichs keine Waldflächen zu liegen kommen. Im Westen und Südosten wurde das Gebiet erweitert wegen der Festsetzung von Pflanzgebieten. Zudem wurde die Baugrenze angepasst und Leitungsrechte dargestellt. Der Gemeinderat hat anschließend der Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Anhörung der Öffentlichkeit und der Träger sonstiger Belange zugestimmt. Der Entwurf des Bebauungsplans wurde in Text und Plan mit Begründung und Umweltbericht zugestimmt. Ebenso wurde der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften in Plan und Text gebilligt. Die Beschlüsse werden nun ortsüblich bekannt gemacht und die Öffentlichkeit sowie die Behörden und Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Die Gemeinde Straßberg hat an die Firma Steinhardt Gebäudereinigung aus Albstadt Teile der Reinigungsarbeiten vergeben. Aufgrund von Lohn- und sonstiger Preiserhöhungen hat die Firma nun den Stundensatz auf 21,50 EUR angepasst. Der Gemeinderat hat dieser Anpassung zugestimmt.

Der Gemeinderat hat in der Dezembersitzung den Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 ausführlich beraten. Gegenüber dem Entwurf wurden folgende Änderungen vorgenommen:

Ergebnishaushalt: Personalausgaben -11.540 EUR, Kreisumlage -79.750 EUR, Öffentlichkeitsarbeit Homepage 2.500 EUR.

Der Gesamtergebnishaushalt schließt mit einem Minus von 348.440 EUR. In diesem Zusammenhang wird auf die Rücklage von voraussichtlich rund 500.000 EUR zum Jahresende 2023 verwiesen.

Der Gesamtfinanzhaushalt schließt mit einem Zahlungsmittelüberschuss von 208.780 EUR.

Der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beläuft sich auf 997.180 EUR.

Der Zahlungsmittelüberschuss des Gesamthaushaltes und der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit ergeben einen Finanzierungsmittelbedarf von 788.440 EUR. Um diesen Betrag verringert sich der Stand der liquiden Eigenmittel, so dass die Gemeinde am 31. Dezember 2024 voraussichtlich noch über rund 1,48 Mio. EUR verfügt.

Für die Straßensanierung in der Bohlsiedlung hat die Gemeinde eine Investitionshilfe aus dem Ausgleichsstock in Höhe von 250.000 EUR erhalten. Nach Abrechnung der Maßnahme haben sich geringere Baukosten ergeben als bei der Bewilligung veranschlagt, so dass eine Kürzung der Investitionshilfe in Höhe von 29.000 EUR hätte vorgenommen werden müssen. Die Gemeinde Straßberg hat den Verzicht auf die Kürzung beantragt, da die Gemeinde als strukturschwach gilt und bereits mehrere Jahre in Folge Mehrzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz erhält und ein Haushaltsausgleich nicht oder nur schwer zu erreichen ist. Das Regierungspräsidium hat daraufhin auf die Kürzung verzichtet.

Der Gemeinderat hat der Annahme von Spenden in Höhe von insgesamt 2.343,78 EUR im Jahre 2023 zugestimmt.

In der vergangenen Sitzung wurde die Anpassung der Wasserversorgungs- und Abwassergebühren beschlossen. Vom Gemeinderat kam der Wunsch nach einem Vergleich mit den Gebühren in Winterlingen und Stetten auf. Die Gebühren wurden entsprechend abgefragt, sind jedoch nicht vergleichbar. Die hierfür zu erstellende Kalkulation stellt sich in jeder Kommune anders dar.

Im Anschluss fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.